Beschlussvorlage **- öffentlich -**

Beratungsfolge:

Drucksachen-Nr.: 2019/158

Verwaltungsausschuss

am 20.06.2019 TOP:

Rat der Stadt Laatzen

am 27.06.2019 TOP:

Einführung einer leistungsbezogenen Besoldung (LOB) für die Beamtinnen und Beamten der Stadt Laatzen

Beschlussvorschlag:

Den Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamten der Stadt Laatzen wird ab dem 01.01.2020 eine Leistungsorientierte Bezahlung (LOB) gem. § 53 Niedersächsisches Besoldungsgesetz (NBesG) gewährt.

Im jeweiligen Haushaltsplan werden für die Auszahlung von Leistungsprämien an Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamte im Rahmen von LOB 2 v.H. der Bruttopersonalkosten der Beamtinnen und Beamten des Vorjahres als Mittelobergrenze bereitgestellt.

Sachverhalt:

Mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) wurde 2005 für die Tarifbeschäftigten das Instrument der „Leistungsorientierten Bezahlung (LOB)“ eingeführt. Eine entsprechende Umsetzung erfolgte bei der Stadt Laatzen zunächst mit einer befristeten Dienstvereinbarung für die Jahre 2007 bis 2009 und ab 2013 mit einer überarbeiteten, unbefristeten Vereinbarung nach § 18 TVöD. Dienststelle und Personalrat regeln hier die Gewährung von Leistungsprämien bei Erfüllung von mit der jeweiligen Führungskraft vereinbarter Einzel- oder Gruppenzielen für das laufende Kalenderjahr. Die Gesamtsumme des Leistungsentgelts beträgt nach TVöD derzeit 2 v.H. der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres. Eine Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die Dienstvereinbarung war aufgrund fehlender rechtlicher Grundlagen jedoch nicht möglich. Allerdings besteht zwischen Dienststelle und Personalrat (§ 7 Dienstvereinbarung LOB) vor dem Hintergrund der Motivation und Gleichbehandlung Einvernehmen darüber, dieses umzusetzen, sobald die gesetzlichen Regelungen es zulassen würden.

Vorlage gefertigt von	SV Team	Mitzeichnungen			
Diktatz.: 11 Wk					

Über die kommunalen Spitzenverbände haben viele Kommunen auf das Land mit dem Ziel eingewirkt, die Teilnahme von Beamtinnen und Beamten an der LOB zu ermöglichen. Dieses wurde mit Inkrafttreten des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes (NBesG) zum 01.01.2017 vor dem Hintergrund der Stärkung des Leistungsprinzips in der öffentlichen Verwaltung sowie der Motivation der Verbeamteten umgesetzt.

Im Hinblick auf die Vakanzen bei Land, Region und Landeshauptstadt und deren örtliche Nähe ist die leistungsbezogene Besoldung aus Sicht der Dienststelle ein, wenn auch kleines, geeignetes Instrument, die Motivation und die Bindungskraft an die Stadt Laatzten als Arbeitgeberin zu stärken. Im Zuge der Fachkräfte-Gewinnung kann eine gute LOB auf dem stark konkurrierenden Arbeitsmarkt eine Attraktivitätssteigerung für die Stadt Laatzten sein.

Die Gewährung einer Leistungszulage oder -prämie erfolgt gemäß § 53 NBesG

- nach Maßgabe einer Dienstvereinbarung,
- mit einheitlichem Leistungssystem für Laufbahnbeamtinnen und -beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
- mit einheitlichem Maßstab der Bewertung,
- unter Bereitstellung entsprechender Mittel im Haushaltsplan.

Die Entscheidung über Bereitstellung von Finanzmitteln für und damit die grundsätzliche Entscheidung zur Gewährung von Leistungsprämien und Leistungszulagen sowie über deren Widerruf trifft der Rat.

Analog der tariflichen Festlegung des LOB-Budgets wird vorgeschlagen, für die Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamten jährlich die Summe von 2 v.H. der ständigen Bruttobesoldung des Vorjahres – für das Jahr 2018 ergäbe sich ein Budget i.H.v. 56.051,85 € – für Leistungsprämien und –Leistungszulagen bereitzustellen.

Dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin obliegt die Ausgestaltung und der Abschluss einer entsprechenden Dienstvereinbarung mit dem Personalrat (§78 Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz), zugleich entscheidet er bzw. sie als Dienstvorgesetzter bzw. Dienstvorgesetzte gem. § 3 Abs. 5 Niedersächsisches Beamtengesetz über die einzelnen Entscheidungen zu individuellen Zielvereinbarungen mit den Beamten und Beamtinnen. Das in der Dienstvereinbarung festgelegte Leistungssystem muss gemäß der besoldungsrechtlichen Vorgaben dem der Tarifbeschäftigten entsprechen.

Da die Beamtinnen und Beamten fast ausschließlich im ehemals gehobenen Dienst tätig sind, ist die individuelle Leistungsprämie für die 53 anspruchsberechtigten Beamtinnen und Beamten grundsätzlich höher als bei den Tarifbeschäftigten. Sie soll daher unter Berücksichtigung der Höchstgrenze nach § 53 NBesG auf die individuelle Leistungsprämie der Tarifbeschäftigten begrenzt werden. Für das Jahr 2017 lag diese bei 669,87 € brutto, für das Jahr 2018 bei 701,75 € brutto; die Ausschüttung der Prämien erfolgt jeweils im März des Folgejahres.